

# Odessa und das „Nazigold“ in Südamerika: Mythen und ihre Bedeutungen

von *Daniel Stahl*

Abstract. – Stories about an organization of former SS members and the transfer of Nazi assets dominated our common wisdom of the Nazi's escape routes to South America after the World War II for a long time. As soon as historians began to tackle this subject, they realized that most of these narratives lacked any factual foundation and belong to the realm of myth-making. But why did these narratives nevertheless become so influential to the broader public? This article asks which groups and individuals were responsible for the creation and promotion of these myths and what their motives were. It demonstrates that the creation of the myths was a result of the interaction between the economic interests and security needs of the United States with the interests of the Argentine opposition movement. Some years later, however, activists like Simon Wiesenthal and Beate Klarsfeld took up the myths, adapted and instrumentalized them in order to promote the prosecution of the Nazi criminals. During the 1990s, the SS organization and its money became an important argument in the debate about the restitution of Nazi-looted assets.

Seit den Vierzigerjahren des 20. Jahrhunderts ist die Flucht von NS-Tätern und -Funktionären nach Südamerika immer wieder Gegenstand öffentlicher Debatten gewesen, in deren Zuge sich bestimmte Vorstellungen über diese Ereignisse verfestigt haben. Diejenigen, die sich mit dieser Thematik beschäftigten, gingen von der Existenz einer SS-Organisation aus, die nach dem Krieg Tausenden von NS-Tätern die Flucht nach Übersee ermöglichte. Dort hätten sie Zugriff auf ein umfangreiches Vermögen gehabt, das noch vor Ende des Krieges nach Argentinien transferiert worden sei und das ihnen dabei behilflich sein sollte, in Südamerika den Nationalsozialismus aufrechtzuerhalten. Bei alledem habe ihnen Juan Domingo Perón Hilfe geleistet, der von 1946 bis 1955 argentinischer Präsident war.

Die Überprüfung dieser Annahmen war das Hauptanliegen der historischen Forschung, als sie in den Achzigerjahren begann, sich mit der

Thematik zu beschäftigen. Recht einhellig kam sie zu dem Ergebnis, dass die meisten Vorstellungen unzutreffend seien. Die Existenz einer SS-Organisation konnte nicht nachgewiesen werden. Es zeigte sich vielmehr, dass die Flucht durch das improvisierte Zusammenwirken von katholischer Kirche, losen Netzwerken ehemaliger NS-Funktionäre und argentinischer Behörden ermöglicht worden war, die sich die laxen Kontrolle des Internationalen Roten Kreuzes bei der Vergabe von Dokumenten zunutze machten.<sup>1</sup> Auch ließen sich keine Indizien für einen nennenswerten Vermögenstransfer aus dem Dritten Reich feststellen.<sup>2</sup> Im Gegenteil: Den nationalsozialistischen Aktivisten im südamerikanischen Exil fehlte es vielmehr an finanziellen Mitteln.<sup>3</sup> Die Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen (Odessa) und das NS-Vermögen in Südamerika wurden deshalb in den Bereich der Mythen verbannt.<sup>4</sup>

Wenn aber an den Geschichten über die Organisation Odessa und den Kapitaltransfer so wenig wahr ist, stellt sich die Frage, warum sie über mehrere Jahrzehnte hinweg bis in die Gegenwart hinein die Vorstellungen von der NS-Flucht nach Südamerika geprägt haben? Dieser Frage wird im Folgenden nachgegangen, ohne erneut den Wahrheitsgehalt der Mythen auf den Prüfstand zu stellen. Vielmehr wird der Diskurs über die NS-Flucht, der die Mythen hervorgebracht und am Leben gehalten hat, untersucht. Dabei geraten sukzessiv verschiedene politische Auseinandersetzungen und gesellschaftliche Debatten in den Blick: die Auseinandersetzungen zwischen den Vereinigten Staaten

---

<sup>1</sup> Holger Meding, *Flucht vor Nürnberg? Deutsche und österreichische Einwanderung in Argentinien, 1947–1955* (Köln/Weimar/Wien 1992); Leonardo Senkman, „Perón y la entrada de técnicos alemanes y colaboracionistas con los nazis, 1947–1949: un caso de cadena migratoria“: *Estudios Migratorios Latinoamericanos* 10 (1995), S. 673–704; Beatriz Gurevich, „Prólogo. Etnicidad, ideología y movimiento migratorio“: eadem (Hg.), *Proyecto Testimonio*, tomo 1: *Revelaciones de los archivos argentinos sobre la política oficial en la era nazi-fascista* (Buenos Aires 1998), S. 31–77; Gerald Steinacher, *Nazis auf der Flucht: wie Kriegsverbrecher über Italien nach Übersee kamen* (Innsbruck 2008), CEANA (Hg.), *Informe Final* (Buenos Aires 1997–1999).

<sup>2</sup> CEANA, *Informe Final* (Anm. 1).

<sup>3</sup> Vgl. Holger Meding, „Nationalsozialismus im Exil. Die deutschsprachige Rechtspresse in Buenos Aires, 1945–1977“: Holger Meding (Hg.), *Nationalsozialismus und Argentinien. Beziehungen, Einflüsse und Nachwirkungen* (Frankfurt am Main/Berlin/Bern 1995), S. 185–202; idem, *Der Weg – eine deutsche Emigrantenzeitschrift in Buenos Aires 1947–1957* (Berlin 1997).

<sup>4</sup> Heinz Schneppen, *Odessa und das Vierte Reich. Mythen der Zeitgeschichte* (Berlin 2007).

und Argentinien während der Vierzigerjahre, die innerargentinische Auseinandersetzung mit dem Autoritarismus und Peronismus der Vierziger- und Fünfzigerjahre, die Debatte über die strafrechtliche Verfolgung von NS-Tätern während der Sechziger- und Siebzigerjahre und die „Raubgold-Debatte“ der Neunzigerjahre. Es wird untersucht, welche Akteure die NS-Flucht thematisierten, welche Interessen sie verfolgten, wie sie die Wirklichkeit wahrnahmen und woher sie ihre Informationen bezogen.

#### PERÓN UND DER ARGENTINISCHE KAMPF GEGEN DEN FASCHISMUS

Noch bevor die Flucht von NS-Funktionären nach Südamerika die Öffentlichkeit beschäftigte, stellte das Vermögen der Nationalsozialisten in Südamerika ein Politikum dar. Die Gerüchte, Vermutungen und Erkenntnisse über die Deutschen in Südamerika und über ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten, die in den Amtsstuben und in der Presse kursierten, sollten zur Grundlage des Mythos über die NS-Flucht nach Südamerika werden. Sie hatten zur Folge, dass die Deutschen und ihr Vermögen in Südamerika als Bedrohung wahrgenommen wurden. Darüber hinaus begünstigten sie die Mobilisierung von Akteuren, die sich mit nationalsozialistischen Aktivitäten in Südamerika befassten.

In Argentinien führte seit 1940 Ramón Castillo die Regierungsgeschäfte. Unter dem Eindruck seines antiliberalen, autoritären Kurses setzte sich in liberalen und linksorientierten Kreisen die Deutung durch, dass seine Regierung ein weiterer Repräsentant der faschistischen Bewegung sei, wie sie in Europa zu beobachten war.<sup>5</sup> Diese Interpretation argentinischer Innenpolitik vor der Folie der europäischen Ereignisse ließ deutsche Investitionen in Argentinien erstmals suspekt erscheinen. Im Juni 1941 setzte das argentinische Unterhaus, in dem die linksliberale Opposition über die Mehrheit verfügte, eine „Untersuchungskommission zur Aufklärung Antiargentinischer Aktivitäten“ ein. Zwischen August und November 1941 brachte sie fünf Informationsbroschüren heraus, in denen unter anderem die Zahlungen der deutschen Botschaft an argentinische Personen und

---

<sup>5</sup> Jorge Náállim, „Del antinazismo al antiperonismo. ‚Argentina Libre‘, ‚... Antinazi‘ y el surgimiento del antiperonismo político e intelectual“: Marcela García Sebastiani (Hg.), *Fascismo y antifascismo. Peronismo y antiperonismo* (Madrid/Frankfurt am Main 2006), S. 77–105, hier S. 80–82.

Medien zwecks prodeutscher Propaganda in den Blick genommen wurden. Diese Propaganda, so die Schlussfolgerung, richte sich gegen das argentinische Volk, da sie antidemokratisch sei.<sup>6</sup> Die Stoßrichtung der Berichte war recht eindeutig: Sie sollten zeigen, dass Castillo unter dem Vorwand, die argentinische Nation zu schützen, die bürgerlichen Freiheiten einschränkte, während Institutionen des faschistischen Deutschlands alle Freiheiten genossen, die argentinische Gesellschaft zu infiltrieren und zu unterwandern.<sup>7</sup>

Auch die Gruppe Offiziere, die Castillo im Juni 1943 aus dem Amt putschte, musste sich nach kurzer Zeit den Vorwurf gefallen lassen, den faschistischen Irrweg Argentiniens fortzusetzen.<sup>8</sup> Diesem Urteil schloss sich die amerikanische Botschaft an, die enge Kontakte zu Oppositionellen pflegte. Im August meldete sie, dass Geheimdienstberichten zufolge die Offiziere, die den Staatsstreich organisiert hatten, finanzielle Unterstützung von den Nationalsozialisten erhielten.<sup>9</sup> Kurze Zeit später erfuhr der amerikanische Geheimdienst, dass ein deutscher Abwehrgent auf dem Weg nach Argentinien sei, um Gelder von führenden Nazis nach Argentinien zu verlagern. Daraufhin überwachten Botschaft und FBI gemeinsam die argentinische Küste. Die Quelle dieser Nachricht war Heinrich Jürges, ein ehemaliges Mitglied der Schwarzen Front und NS-Gegner, der bereits in den Dreißigerjahren durch spektakuläre Falschmeldungen über nationalsozialistische Aktivitäten in Argentinien aufgefallen war und der enge Kontakte zur argentinischen Opposition unterhielt.

Obwohl Jürges Vergangenheit wenig vertrauenerweckend war, wurde er ernst genommen.<sup>10</sup> Seine Meldungen passten gut in das Bild, das sich das State Department unter Cordell Hull und das amerikanische Finanzministerium unter Henry Morgenthau junior seit geraumer

---

<sup>6</sup> Comisión Investigadora de Actividades Antiargentinas. Cámara de Diputados de la Nación (Hg.), *Informe 2* (Buenos Aires 1941).

<sup>7</sup> Leonardo Senkman, „El nacionalismo y el campo liberal argentino ante el neutralismo: 1939–1943“: *Estudios Interdisciplinarios de América Latina y el Caribe* 6, 1 (1995), S. 23–50.

<sup>8</sup> Nállim, „Del Antinazismo“ (Anm. 5), S. 92 f.

<sup>9</sup> Callum A. MacDonald, „The Politics of Intervention: The United States and Argentina, 1941–1946“: *Journal for Latin American Studies* 12, 2 (1980), S. 365–396, hier S. 376 f.

<sup>10</sup> Roland Newton, *The ‚Nazi Menace‘ in Argentina, 1931–1947* (Stanford 1992), S. 352.

Zeit von der Bedrohung machte, die das deutsche Vermögen für den amerikanischen Kontinent darstellte. Bereits die Sudetenkrise 1938 hatte zur Folge gehabt, dass in der amerikanischen Öffentlichkeit die im Ausland lebenden Deutschen als „Fünfte Kolonne“, das heißt als subversiv tätige Gruppierung, wahrgenommen wurden. Diese Wahrnehmung versuchten die amerikanischen Interventionisten um Roosevelt nach Kriegsbeginn im Kampf gegen die Isolationisten, die sich gegen einen Eintritt Amerikas in den Zweiten Weltkrieg aussprachen, zu instrumentalisieren. Die westliche Hemisphäre, so ihre Argumentation, sei durch die dort lebenden Deutschen bedroht. Sie stellten ein subversives Potential und jederzeit aktivierbares Heer dar, dem es ein Leichtes sei, einzelne lateinamerikanische Länder auf die Seite der Achsenmächte zu bringen und sie dann als Brückenkopf in Amerika zu benutzen. Deshalb seien auch die USA unmittelbar von den Ereignissen in Europa bedroht und dürften sich nicht aus dem Krieg heraushalten.<sup>11</sup>

Infolge dieser Bedrohungswahrnehmung begann das State Department in enger Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium, gegen deutsche Unternehmen in den lateinamerikanischen Ländern vorzugehen, die als potentielle Geldgeber für subversive Tätigkeiten gesehen wurden. Dabei verschmolzen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen miteinander, bot doch das Bedrohungsszenario der „Fünften Kolonne“ die Möglichkeit, der deutschen Wirtschaftskonkurrenz einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Es wurde eine sogenannte *proclaimed list* zusammengestellt, welche die als gefährlich eingestuften Firmen auf dem amerikanischen Kontinent aufführte. Den unter amerikanischer Jurisdiktion stehenden Unternehmen war es verboten, mit Firmen oder Einzelpersonen, die in der Liste genannt wurden, Handel zu betreiben. Da auch jedes nichtamerikanische Unternehmen, das mit den genannten Firmen Geschäfte betrieb, automatisch auf der *proclaimed list* landete, entwickelte sie sich zu einem sehr effektiven Boykott-Werkzeug.<sup>12</sup>

Während die meisten lateinamerikanischen Staaten dem Druck der Vereinigten Staaten nachgaben und ebenfalls Maßnahmen gegen deutsche Unternehmen ergriffen, verweigerte sich die argentinische

---

<sup>11</sup> Uwe Lübken, *Bedrohliche Nähe. Die USA und die nationalsozialistische Herausforderung in Lateinamerika, 1937–1945* (Stuttgart 2004), S. 267–315.

<sup>12</sup> Max Friedman, *Nazis and Good Neighbors. The United States Campaign against the Germans of Latin America in World War II* (Cambridge 2003), S. 74–101.

Regierung einer Zusammenarbeit, da sie die amerikanischen Hegemoniebestrebungen auf dem Kontinent als Bedrohung für die eigenen Machtinteressen verstand. Als deshalb das State Department und das Finanzministerium Ende 1943 vom Transfer deutschen Vermögens nach Argentinien hörten, ergab sich daraus ein stimmiges Bild: Ein faschistischer Staat nutzte die eigene Neutralität dazu, die Interessen der Alliierten in Amerika zu unterlaufen und im Geheimen mit der finanziellen Unterstützung der ideologisch nahestehenden Achsenmächte das Überleben des in Europa in Bedrängnis geratenen Faschismus sicherzustellen.

Das veranlasste Henry Morgenthau jun. dazu, bei der Umsetzung des „Safehaven-Programms“ auch Argentinien näher in den Blick zu nehmen. Dieses Programm wurde 1944 auf den Weg gebracht, um zu verhindern, dass die Deutschen zur Gründung eines nationalsozialistischen Untergrunds Kapital aus den von ihnen besetzten Ländern ins Ausland transferierten.<sup>13</sup> Nachdem ein Agent aus Spanien gemeldet hatte, dass Transaktionen nach Argentinien über Spanien möglich seien, kam die amerikanische Regierung Anfang 1945 zu dem Schluss, dass es sich bei Argentinien um „the most critical Safehaven country“ handle.<sup>14</sup> Hinzu kamen Geheimdienst- und Medienberichte über eine einsetzende Flucht der NS-Führungsriege nach Südamerika. Sie ließen sich nach genaueren Untersuchungen zwar nicht bestätigen, fügten sich aber doch nahtlos in das Bild eines in Argentinien wiedererstehenden Faschismus ein.<sup>15</sup>

Aufgrund dieser Deutung wurde Argentinien auch nach dem sich abzeichnenden Sieg der Alliierten als Bedrohung wahrgenommen und mit Sanktionen belegt. Einer der entschiedensten Befürworter dieser Konfrontationspolitik gegenüber Argentinien war Spruille Braden, der lange Zeit als Unternehmer in Südamerika tätig gewesen war, bevor er unter Cordell Hull eine Karriere als Diplomat begonnen hatte. Seine Perspektive auf das Weltgeschehen wurde von dieser seiner Vergangen-

<sup>13</sup> Stuart E. Eizenstat/William Z. Slany, *US and Allied Efforts to Recover and Restore Gold and Other Assets Stolen or Hidden by Germany During World War II* (Washington, DC 1997), S. 20 ff.

<sup>14</sup> Zitiert nach Stuart E. Eizenstat/William Z. Slany, „Allied Relations and Negotiations with Argentina“: iidem (Hg.), *US and Allied Wartime and Postwar Relations and Negotiations with Argentina, Portugal, Spain, Sweden and Turkey* (Washington, DC 1998), S. 8.

<sup>15</sup> MacDonald, „The Politics of Intervention“ (Anm. 9), S. 378 f., Newton, *The ‚Nazi Menace‘* (Anm. 10), S. 354 f.

heit geprägt. So war er der festen Überzeugung, für den Verlauf des Ersten Weltkriegs sei das Kupfer, das das familieneigene Unternehmen in Chile gefördert hatte, entscheidend gewesen. Auf ähnliche Weise dürfte er auch die Bedeutung der Firmen, die Deutschen in Lateinamerika gehörten, überschätzt haben. Neben dieser lateinamerikazentrischen Sichtweise auf das Weltgeschehen eignete er sich während des Ersten Weltkriegs auch Kenntnisse über die Funktionsweise der schon damals eingesetzten *proclaimed list* an, zu deren eifrigsten Verfechtern er gehörte. Als er 1945 zum Botschafter in Buenos Aires ernannt wurde, setzte er alles daran, der vermeintlichen Bedrohung der westlichen Hemisphäre durch Argentinien entgegenzutreten. Insbesondere Juan Perón, ein aufstrebendes charismatisches Regierungsmitglied, hielt er für eine nicht zu unterschätzende Gefahr.<sup>16</sup> Diese Meinung teilte er mit der linksliberalen Opposition Argentiniens, zu der er enge, freundschaftliche Kontakte pflegte.<sup>17</sup>

Als Perón schließlich bekannt gab, er werde bei den für Februar 1946 angesetzten Wahlen für das Präsidentenamt kandidieren, setzte Braden, mittlerweile zum Unterstaatssekretär für lateinamerikanische Fragen im State Department befördert, alle Hebel in Bewegung, um der Opposition unter die Arme zu greifen. Ein Rechercheteam wurde damit beauftragt, so schnell wie möglich alle Informationen über nationalsozialistische Aktivitäten in Argentinien in den beschlagnahmten deutschen Archiven zu sammeln. Dabei sollte besonders auf Verbindungen zwischen Perón und den Nationalsozialisten geachtet werden. Die Ergebnisse wurden im sogenannten *Blue Book* zusammengefasst, das entgegen des dringenden Rats des amerikanischen Botschafters in Buenos Aires, aber unter der Zustimmung argentinischer Oppositioneller, pünktlich zum Endspurt des argentinischen Wahlkampfes erschien.<sup>18</sup> Darin wurde die Behauptung aufgestellt, die verschiedenen argentinischen Regierungen seit Castillo hätten mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet, um in Amerika einen faschistischen Staat zu etablieren. Auch wenn Perón keine direkten Verbindungen zu den

<sup>16</sup> Spruille Braden, *Diplomats and Demagogues. The Memoires of Spruille Braden* (New Rochelle/New York 1971), S. 49 f., 57 ff., 321 u. 337.

<sup>17</sup> Nállim, „Del Antinazismo“ (Anm. 5), S. 92 ff.

<sup>18</sup> Roger Gravid, „The Denigration of Peronism“: Charles A.M. Hennessy (Hg.), *The Land that England lost. Argentina and Britain – A Special Relationship* (London 1992), S. 93–106, hier S. 100.

Nationalsozialisten nachgewiesen werden konnten, so wurde ihm dennoch eine zentrale Rolle in diesen Bemühungen zugeschrieben.<sup>19</sup>

Doch Bradens konfrontativer Kurs, der sich durch Peróns Wahlsieg zu verstetigen drohte, war nicht unumstritten. Das Pentagon, Vertreter der Industrie und gewisse Kreise im State Department traten für einen gemäßigeren Umgang ein und sprachen sich gegen wirtschaftliche Sanktionen aus.<sup>20</sup> Die Frage nach der Haltung gegenüber Argentinien wurde für Braden mehr und mehr zur Überlebensfrage.<sup>21</sup> In dieser Situation kam ihm Heinrich Jürges zur Hilfe, der Ende Juli 1946 aus dem südamerikanischen Exil nach Deutschland zurückgekehrt war. Er hatte den argentinischen Wahlkampf noch in Südamerika miterlebt und kannte die Argumente der Perón-Gegner. Nun wandte er sich an die Finance Division des Office of Military Government for Germany, US (OMGUS) und lieferte, was das Rechercheteam Braden nicht hatte liefern können, nämlich Beweise für die Verbindungen zwischen Perón und den Nazis. In einem Memorandum, das er im November dem OMGUS übergab und das ihm offenbar zu einer Stelle verhalf, zählte er insgesamt 98 Strohmänner für Nazivermögen in Argentinien auf, darunter die Frau Peróns, Eva Duarte, und seinen Finanzberater. Auch wenn Jürges keinerlei Beweise für seine Behauptungen anführte, stießen sie bei Braden auf großes Interesse. Immerhin ließ sich mit ihrer Hilfe sein Kurs gegenüber Argentinien rechtfertigen. Sofort wies er die Botschaft in Buenos Aires an, der Sache nachzugehen.<sup>22</sup>

Jürges Memorandum konnte allerdings nichts mehr daran ändern, dass die Gegner der Konfrontationspolitik immer mehr Einfluss gewannen. Als sie sich schließlich 1947 durchsetzten, bedeutete dies das vorläufige Ende von Bradens Karriere.<sup>23</sup> Auch für Jürges, der nach eigenen Angaben im Auftrag von OMGUS dem Vermögenstransfer

<sup>19</sup> Department of State (Hg.), *Consultation among the American Republics with respect to the Argentine situation* (Washington, DC 1946).

<sup>20</sup> Callum A. MacDonald, „The Braden Campaign and Anglo-American Relations in Argentina, 1945–46“: Guido di Tella/Cameron Watt (Hg.), *Argentina between the Great Powers, 1939–1946* (London 1989), S. 137–157, hier, S. 137–143.

<sup>21</sup> Braden, *Diplomats and Demagogues* (Anm. 16), S. 356–370.

<sup>22</sup> Vermerk über die Besprechung der Entnazifizierungskommission am 20.02.47: HStA Düsseldorf, Gerichte Rep. 409, Bd. 192; Schneppen, *Odessa und das Vierte Reich* (Anm. 4), S. 95 ff.; Leslie B. Rout/John F. Bratzel, „Heinrich Jürges and the Cult of Disinformation“: *The International Historical Review* 6 (1984), S. 611–623, hier: S. 620–623.

<sup>23</sup> Braden: *Diplomats and Demagogues* (Anm. 16), S. 356–370.

aus dem Reich nach Argentinien nachgegangen war, bedeutete diese Entwicklung das Ende seiner Tätigkeit für die amerikanischen Behörden.<sup>24</sup> In der darauffolgenden Zeit versuchte er sich mit journalistischen Tätigkeiten über Wasser zu halten. In seiner schwierigen finanziellen Situation war es für ihn äußerst hilfreich, dass er als Opfer des Faschismus anerkannt wurde, ein Status, mit dem auch finanzielle Vorteile verbunden waren. Umso schmerzlicher traf es ihn, als ihm 1950 dieser Status aberkannt wurde, nachdem bekannt geworden war, dass er über ein Vorstrafenregister aus der Zeit vor 1933 verfügte. In seinen Bemühungen, wieder als Opfer des Faschismus anerkannt zu werden, fälschte er zwei Briefe von bedeutenden Nationalsozialisten aus Argentinien, aus denen hervorging, dass das Vorstrafenregister von der NS-Regierung gefälscht worden sei, um ihn in Argentinien zu diskreditieren. Der Kommission, die über seinen Status als Opfer des Faschismus entscheiden sollte, kündigte er an, Beweisdokumente vorzulegen.<sup>25</sup>

Um seinen Fälschungen mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen, bediente sich Jürges einer Methode, die er in Zukunft häufiger anwenden sollte: Er schuf sich ein Referenzsystem mithilfe der Medien. Kurz nachdem er der Kommission, die über seinen Opferstatus entscheiden sollte, angekündigt hatte, Beweisdokumente zu liefern, nahm er Kontakt zum argentinischen Oppositionspolitiker Silvano Santander auf. Santander war 1941 eines der wortführenden Mitglieder der Untersuchungskommission zur Aufklärung Antiargentinischer Aktivitäten gewesen und hatte damals mit Jürges zusammengearbeitet. Nun durfte der erstaunte Santander erfahren, dass ehemalige Mitarbeiter der Deutschen Botschaft in Buenos Aires bei Verhören durch die OMGUS gegenüber Jürges bestätigt hätten, sich mit hochrangigen Generälen zum Skatspielen getroffen zu haben und dass Perón 200.000 Pesos, seine Frau 33.600 Pesos von den Nazis erhalten haben.<sup>26</sup> Santander sah eine einmalige Chance für seine antiperonistische Kampagne und bat um weitere Informationen. Daraufhin schickte

---

<sup>24</sup> Vermerk über die Besprechung der Entnazifizierungskommission (Anm. 22); Jürges an Santander, 18.02.1952: HStA Düsseldorf, Gerichte Rep. 409, Bd. 200.

<sup>25</sup> Günther Vollmer, „Die falsche Geschichte des Ibero-Amerikanischen Instituts: Heinrich Jürges und die Spione aus Lankwitz“: Reinhard Lier/Günther Maihold/Günther Vollmer (Hg.), *Ein Institut und sein General. Wilhelm Faupel und das Ibero-Amerikanische Institut in der Zeit des Nationalsozialismus* (Frankfurt am Main 2003), S. 409–524.

<sup>26</sup> Jürges an Santander (Anm. 24).

ihm Jürges die beiden Briefe, die er für die Kommission vorbereitet hatte, und weiteres Material. Geschickt verknüpfte er in diesen Schriftstücken die für Santander interessanten Themen des nationalsozialistischen Vermögenstransfers nach Argentinien und der NS-Aktivitäten mit Passagen, in denen er als NS-Gegner auftauchte und die Fälschung seines Vorstrafenregisters angeordnet wurde.<sup>27</sup> Ausdrücklich ermutigte er Santander, die Informationen zu veröffentlichen.<sup>28</sup>

Für Santander kamen die Mitteilungen wie gerufen. Die linksliberale Opposition hatte auch nach Peróns Wahlsieg nicht aufgehört, die nationalsozialistischen Aktivitäten in Argentinien zu thematisieren und sie als Beweis dafür zu werten, dass es sich beim Peronismus um die Fortsetzung des in Europa besiegten Faschismus handle. Bei mehreren Gelegenheiten hatte sie im Kongress Anfragen an die Regierung gerichtet, die sich auf dieses Thema bezogen. Vor allem die Beschäftigung des Flugzeugkonstruktors Kurt Tank und der deutschen Piloten Hans-Ulrich Rudel, Otto Skorzeny und Adolf Galland durch Peróns Regime werteten sie als Indiz für den Import nationalsozialistischer Ideologie und Methoden.<sup>29</sup> Die Thematisierung geschah mit Blick auf die amerikanische Regierung und Öffentlichkeit, die darauf aufmerksam gemacht werden sollten, dass Perón sich nicht an den Vertrag von Chapultepec halte, mit dem sich die lateinamerikanischen Staaten verpflichtet hatten, gegen die nationalsozialistische Unterwanderung des Kontinents vorzugehen.

Allerdings gab es nach dem Weggang Bradens und mit der beginnenden argentinisch-amerikanischen Annäherung im State Department kaum noch Interesse an diesem Thema. Der argentinischen Opposition, die immer auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten gesetzt hatte, wenn es darum ging, die autoritären Regierungen Argentiniens zu bekämpfen, war diese Annäherung ein Dorn im Auge. Sie dürfte es mit Genugtuung beobachtet haben, dass der Annäherungsprozess zwischen 1950 und 1953 unterbrochen wurde. Als die Regierung Eisenhower 1953 begann, wieder auf Argentinien zuzugehen, war dies auch für Santander, der sich seit 1949 im uruguayischen Exil

---

<sup>27</sup> Briefe Jürges an Santander vom 15.03.1952, 25.03.1952, 02.04.1952, 23.04.1952 und 10.06.1952: HStA Düsseldorf, Gerichte Rep. 409, Bd. 200.

<sup>28</sup> Jürges an Santander, 08.05.1952: *ibidem*.

<sup>29</sup> *Diario de Sesiones de la Cámara de Diputados de la Nación*, 25.07.1946, 31.07.1946, 11.05.1948 und 20.07.1949.

befand, außerordentlich unerfreulich.<sup>30</sup> Jürges waren die Entwicklungen in Südamerika nicht entgangen. Um Santander zu unterstützen und ihm einen Anlass zu geben, die gefälschten Briefe so bald wie möglich zu veröffentlichen, fälschte er ein weiteres Dokument, in dem sich eine despektierliche Äußerung Peróns über Eisenhower befand.<sup>31</sup> Das war es, was Santander gebraucht hatte. Ende 1953 erschien sein Buch *Técnica de una traición* (Technik eines Verrats), das sich im Wesentlichen auf Jürges Dokumente stützte und die Verbindungen zwischen Perón und den Nationalsozialisten belegen sollte. Darin ging er ausführlich auf den Transfer nationalsozialistischen Vermögens und die Verpflichtung von NS-Funktionären durch das peronistische Regime ein und beschwor die Gefahr herauf, dass sich unter dem Schutz Peróns die „braune Internationale“ reorganisiere.

Die große Stunde dieses Buchs schlug nach dem Sturz Peróns im Oktober 1955. Zum ersten Mal konnte es in Argentinien veröffentlicht werden und dazu beitragen, den Peronismus zu diskreditieren. Außerdem ließen sich nun alle Anschuldigungen überprüfen, die im Verlauf der Jahre gegen Perón vorgebracht worden waren. Überall im Land wurden auf lokaler Ebene Untersuchungskommissionen eingesetzt, die die Missstände und Verbrechen des peronistischen Regimes aufdecken sollten. In Córdoba, wo die von Perón verpflichteten deutschen Techniker und Piloten Flugzeuge gebaut und Kampfflieger ausgebildet hatten, befasste sich eine Kommission mit den nationalsozialistischen Machenschaften. Santander nutzte die Gelegenheit und unterrichtete die Kommissionsmitglieder über verdächtige Personen, unter denen sich auch der von den Nationalsozialisten zum Helden stilisierte ehemalige Kampfflieger und Perón-Freund Hans-Ulrich Rudel befand.<sup>32</sup> Am 16. Dezember ordnete der zuständige Richter eine Hausdurchsuchung an. Dabei stieß man auf die umfangreiche Korrespondenz, die Rudel mit rechtsextremen Kreisen in aller Welt unterhalten hatte und schlussfolgerte daraus, dass Santander Recht gehabt habe

---

<sup>30</sup> Mario Rapoport/Claudio Spiguel, *Estados Unidos y el Peronismo. La política norteamericana en la Argentina, 1949–1955* (Buenos Aires 1994), S. 93–160.

<sup>31</sup> Jürges an Santander, 19.02.1953: HStA Düsseldorf, Gerichte Rep. 409, Bd. 200.

<sup>32</sup> *Nomina de personas citadas en los antecedentes entregados por S.S.*: Archivo General de la Nación, Buenos Aires (im Folgenden AGN), Depto. Archivo Intermedio, Fondo: Comisión Nacional de Investigaciones, Comisión 2, Caja 2.

mit seiner These, in Argentinien sei es unter dem Schutz Peróns zur Reorganisation der „braunen Internationale“ gekommen.<sup>33</sup>

In der darauffolgenden Zeit verlor die Thematik allerdings an Bedeutung. Es gelang Santander nicht, innerhalb seiner Partei, der Unión Cívica Radical (UCR), dieselbe Bedeutung zurückzuerlangen, die er vor seinem Exil gespielt hatte. Es zeigte sich, dass sein Steckepferd, der Nachweis einer nationalsozialistischen Unterwanderung Argentiniens, problematisch war. Unter denjenigen nämlich, die mit den Nationalsozialisten kooperiert haben sollten, führte er auch eine Reihe namhafter Militärs auf, die nach dem Sturz Peróns die Verbündeten der UCR waren. Sie setzten nun alles daran, seine Dokumente als Fälschung zu entlarven, was ihnen nicht schwer fiel.<sup>34</sup> Santander fielen erst jetzt die vielen Ungereimtheiten seiner Quellen auf. Verwirrt wandte er sich an Jürges und bat um eine Erklärung.<sup>35</sup>

#### ODESSA UND DIE STRAFRECHTLICHE VERFOLGUNG VON NS-TÄTERN

Die vielen Nachweise dafür, dass Santanders Schreckgespenst einer mit Nazigeldern finanzierten „braunen Internationale“ in Argentinien unter der Führung ehemaliger NS-Funktionäre auf gefälschten Dokumenten beruhte, konnten allerdings der Bildung von Mythen über die NS-Flucht keinen Abbruch tun. Vor dem Hintergrund der Strafverfolgung von NS-Verbrechen, die in den Sechzigerjahren allmählich Fahrt aufnahm, gewannen sie erneut an Aktualität und Brisanz. Dabei rückten erstmals die Verbrechen der nach Südamerika geflohenen NS-Funktionäre in den Mittelpunkt der Wahrnehmung.

Bislang hatte das Thema der NS-Straftäter bei der Diskussion über die NS-Flucht eine untergeordnete Rolle gespielt. Es interessierte kaum, welche Verbrechen die nach Südamerika ausgewanderten NS-Funktionäre begangen hatten. Im Mittelpunkt der Debatte stand viel-

<sup>33</sup> Comisión Nacional de Investigaciones (Hg.), *Documentación, autores y cómplices de las irregularidades cometidas durante la segunda tiranía IV* (Buenos Aires 1958), S. 284–291; *Crítica* 16.12.1955; *El Día*, 17.12.1955; *La Nación*, 19.12.1955.

<sup>34</sup> Carlos von der Becke, *Destrucción de una Infamia. Falsos ‚Documentos Oficiales‘* (Buenos Aires 1956); Walter von Simons, *Santander bajo la lupa: técnica de un papelón* (Buenos Aires 1956).

<sup>35</sup> Santander an Jürges, 08.12.1956 und 25.12.1956: HStA Düsseldorf, Gerichte Rep. 409, Bd. 201.

mehr die Tatsache, dass Personen, die bereits unter Hitler Funktionen innegehabt hatten, nun von Perón beschäftigt wurden. Das wurde vor dem Hintergrund der Gerüchte über den nationalsozialistischen Vermögenstransfer als Indiz einer von Argentinien ausgehenden faschistischen Bedrohung gewertet. Diese Schwerpunktsetzung hing mit den privaten und politischen Interessen derer zusammen, die bei der Konstruktion und Popularisierung des Bedrohungsszenarios eine Schlüsselrolle gespielt hatten, nämlich Braden, Santander und Jürges. Ihnen ging es nicht um die Ahndung von NS-Verbrechen, sondern um die Diskreditierung des Peronismus.

Das von ihnen an die Wand gemalte Bedrohungsszenario erwies sich aber auch für Akteure mit ganz anderen Interessen als anschlussfähig. In Europa waren die Gerüchte über den Verbleib des Vermögens, das die Nationalsozialisten ihren Opfern geraubt hatten, nie ganz verstummt. Einer, der sich bereits recht früh mit dieser Thematik zu beschäftigen begann, war Simon Wiesenthal, ein Holocaust-Überlebender, der sich in den jüdischen Gemeinden Österreichs engagierte. Bereits kurz nach seiner Befreiung aus dem Konzentrationslager hatte er begonnen, Kontakte zum Office of Strategic Services (OSS) und zum Counter Intelligence Corpse (CIC) zu knüpfen. Auf diese Weise erhielt er Einblick in ein Dossier über die Verlagerung deutschen Vermögens ins Ausland, das im Zuge der Safehaven-Untersuchungen entstanden war. Nachdem die amerikanische Militärregierung grünes Licht gegeben hatte, veröffentlichte er Mitte 1946 dessen Inhalt. Er berichtete von einem Treffen deutscher Industrieller 1944 in Straßburg, auf dem angeblich beschlossen worden sei, Geld auf die Konten von Stroh Männern in neutralen Ländern zu überweisen, um das Überleben der nationalsozialistischen Partei nach der Niederlage zu sichern.<sup>36</sup> Zu den Zielländern des Kapitaltransfers gehöre auch Argentinien. Genau wie Jürges, der einige Monate später sein Memorandum für die OMGUS verfassen sollte, sprach er von 98 argentinischen Tarnfirmen.<sup>37</sup> Wie diese Übereinstimmung zustande kam, lässt sich anhand der bekannten Quellen nicht klären. Wiesenthal und Jürges sollten sich erst in den Sechzigerjahren kennenlernen.

---

<sup>36</sup> Zu den Unstimmigkeiten in dem Agentenbericht über die Straßburg-Konferenz siehe Schnepfen, *Odessa und das Vierte Reich* (Anm. 4), S. 71 ff.

<sup>37</sup> *Oberösterreichische Nachrichten*, 25.05.1946.

Neben diesen Informationen über den Vermögenstransfer ins neutrale Ausland kamen Wiesenthal in den Vierzigerjahren auch Gerüchte über Fluchtorganisationen der SS zu Ohren, die in Österreich und im amerikanischen Geheimdienst kursierten. Dabei tauchte der Name „Odessa“ wiederholt auf. Aus diesen Informationssplintern ergab sich für Wiesenthal ein schlüssiges Bild, das im Wesentlichen den Grundannahmen des Safehaven-Programms entsprach: Bereits vor dem Ende des Kriegs seien Schritte eingeleitet worden, das Überleben des Nationalsozialismus auch nach der Niederlage zu sichern. Deshalb sei Vermögen auf die Konten von Strohfirmen in neutrale Länder, u. a. nach Argentinien, transferiert worden. Die SS habe über die Strohfirmen Bescheid gewusst. Sie gründete die Odessa und organisierte die Flucht in genau diese Länder. Adolf Eichmann spielte in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Wiesenthal ging davon aus, dass er als ehemaliger Leiter des Referats für Juden- und Räumungsangelegenheiten über das geraubte Vermögen verfüge. Da die Reserven der Reichsbank nach Kriegsende entdeckt worden waren, meinte er, dass es dieses Vermögen sei, dessen sich die Odessa bediente. Die strafrechtliche Verfolgung war deshalb nur eines seiner Anliegen bei der Suche nach Eichmann – es ging ihm auch um Restitution.<sup>38</sup>

Die Eichmann-Entführung im Mai 1960 verschuf Wiesenthals Annahmen ein breites öffentliches Interesse und ließ ihn zum vielgehörten Experten werden – eine Entwicklung, die von Israel unterstützt wurde. Dort war die Regierung nämlich darum bemüht, die Entführung als Werk jüdischer Freiwilliger und nicht des Mossads darzustellen, um der Verärgerung Argentiniens über die Verletzung seiner Souveränität entgegenzuwirken.<sup>39</sup> Während die Mossad-Agenten Stillschweigen bewahren mussten, erhielt Wiesenthal eine Einladung, in der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem einen Vortrag über seine jahrelangen Bemühungen zu halten. Vorher wurde ihm eingeschärft, keine israelischen Institutionen zu nennen.<sup>40</sup>

<sup>38</sup> Manuskript „Eine durchsichtige Zweckmeldung“: Simon Wiesenthal Archiv (im Folgenden SWA), Pressestelle Juli–November 1954; Manuskript „Die Schatzsuche beginnt“, Juli oder August 1955; ibidem, Pressestelle 1954–1956; Simon Wiesenthal, *Ich jagte Eichmann. Tatsachenbericht* (Gütersloh 1961), S. 180 ff. und S. 227.

<sup>39</sup> Zvi Aharoni/Wilhelm Dietl, *Der Jäger. Operation Eichmann: Was wirklich geschah* (Stuttgart 1996), S. 264–267.

<sup>40</sup> Simon Wiesenthal, *Recht, nicht Rache. Erinnerungen* (Frankfurt am Main/Berlin 1989), S. 114.

Auch Santander, der nach wie vor in der argentinischen Politik mitmischte, hörte nun von Wiesenthal und sah sich durch seine Version der NS-Flucht bestätigt. Nach der Entführung Eichmanns hatte er die Gelegenheit genutzt, die Regierung Frondizis anzugreifen. Er warf ihr vor, nach dem Sturz Peróns nichts gegen die Nationalsozialisten in Argentinien getan zu haben, die nach wie vor eine Gefahr darstellten.<sup>41</sup> Der immer wieder an Aktualität gewinnende Kampf Santanders gegen die vermeintliche nationalsozialistische Gefahr in Argentinien hatte ihn dazu veranlasst, der Union Internationale de la Résistance et de la Déportation (UIRD) beizutreten, der auch Wiesenthal seit 1962 angehörte. Auf einer Konferenz der UIRD 1963 kam es zu einer Begegnung zwischen beiden,<sup>42</sup> und Wiesenthal erfuhr, dass der für tot erklärte Leiter der Aktion Reinhardt, Odilo Globocnik, angeblich auf einer Liste der Untersuchungskommission figuriere, die nach Peróns Sturz eingesetzt worden war.<sup>43</sup> In Wahrheit taucht Globocnik nicht in den Kommissionsunterlagen auf. Santander muss entweder etwas verwechselt haben oder Wiesenthal gezielt mit Fehlinformation versorgt haben, um ihn für die argentinische Debatte über Peróns Beziehungen zum Nationalsozialismus zu interessieren.

Kurz nachdem Wiesenthal die Mitteilung erhalten hatte, Globocnik halte sich in Argentinien auf, erlangte die Frage der Verjährung von NS-Verbrechen Aktualität. Diese Diskussion warf auch ein neues Licht auf die Meldungen aus Argentinien: Globocnik war amtlich für tot erklärt worden. Deshalb waren keine weiteren verjährungsunterbrechenden Maßnahmen eingeleitet worden. Sollte nun die Verjährung eintreten, bräuchte Globocnik keine Strafverfolgung mehr zu befürchten. Die Umstände, die Globocniks vermeintliches Untertauchen ermöglicht hatten, wurden zu einem zentralen Argument für Wiesenthal. In einem Brief an den österreichischen Justizminister, in dem er sich gegen die Verjährung aussprach, argumentierte er:

„Es ist uns heute nach fast 20-jähriger Forschung bekannt, daß die Geheimnisträger des Dritten Reiches als die Niederlage Deutschlands vorauszusehen war alles unternommen hatten, um sich über die schwere Zeit, die ihnen bevorstand, hinwegzuhelfen. Wir wissen heute, daß das Reichssicherheitshauptamt und andere Stellen des ‚Dritten

---

<sup>41</sup> Siehe u. a. *La Razón*, 01.07.1960.

<sup>42</sup> Santander an Wiesenthal, 15.04.1964: SWA, Akt Bormann I.

<sup>43</sup> Wiesenthal an Broda, Justizminister Österreichs, 02.06.1964: SWA, Akt Globocnik.

Reiches' spätestens im Frühjahr 1945 einen bestimmten Personenkreis mit falschen Papieren versorgten. Es war daher für diese Leute leicht, sich durch entsprechende Maßnahmen für tot erklären zu lassen.<sup>44</sup>

Als konkretes Beispiel führte er Globocnik an. Auch gegenüber der Presse benutzte er sein Untertauchen in Argentinien als Argument gegen die Verjährung.<sup>45</sup> Auf den Druck Wiesenthals hin überprüfte das österreichische Innenministerium den Fall Globocnik nochmals. Es gelang der Nachweis, dass er tatsächlich tot war.<sup>46</sup> Zu diesem Zeitpunkt aber war die NS-Flucht nicht mehr aus Wiesenthals Argumentation gegen die Verjährung wegzudenken. In einem Rundbrief, in dem er Personen des öffentlichen Lebens aufforderte, in der Frage der Verjährung Stellung zu beziehen, diente sie ihm dazu, NS-Täter als eine eigene Verbrecher-Kategorie darzustellen. Dabei grenzte er sie von den Massenmördern alten Typs ab, die über keinen Rückhalt in der Gesellschaft verfügten hätten:

„Die nationalsozialistischen Massenmörder hatten eine Organisation, einen ganzen Staat hinter sich, der ihnen für die Zeit nach dem Krieg falsche Papiere in die Hände spielte, mit deren Hilfe sie untertauchen konnten; alles Möglichkeiten, die einem ‚normalen‘ Mörder nicht zur Verfügung stehen. Diese Begünstigung des Nazi-Massenmörders macht das Ergreifen aber um vieles schwieriger.“<sup>47</sup>

Auch wenn Wiesenthal nicht explizit die Flucht nach Südamerika erwähnte, so war es genau dieser Kontinent, der während der Verjährungsdebatte als Zufluchtsort für NS-Verbrecher die Aufmerksamkeit auf sich zog. Seit Ende 1963 lief der viel beachtete Auschwitz-Prozess, und ein Name tauchte immer wieder auf: Josef Mengele. Mengele war nach dem Krieg nach Argentinien ausgewandert und hatte dort bis 1959 gelebt. Nachdem die Bundesrepublik einen Auslieferungsantrag gestellt hatte, tauchte er unter. Während des Auschwitzprozesses sorgten immer wieder Nachrichten über Mengeles Aufenthalt in Paraguay für Aufregung. In diesem Zusammenhang erfuhr auch der bereits für tot erklärte ehemalige Leiter der nationalsozialistischen Parteikanzlei, Martin Bormann, der ebenfalls in Südamerika vermutet wurde, neue Aufmerksamkeit.

<sup>44</sup> Wiesenthal an Broda, 01.06.1964: SWA, Akt Verjährung 9.

<sup>45</sup> Interview mit Wiesenthal: *Quick*, 18.10.1964.

<sup>46</sup> Siehe Vorgänge in: SWA, Akt Globocnik.

<sup>47</sup> Wiesenthal Rundbrief, 02.11.1964: Barch, B 141, 25721. Abgedruckt in: Simon Wiesenthal (Hg.), *Verjährung? 200 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sagen nein. Eine Dokumentation* (Frankfurt am Main 1965).

Weder Mengele noch Bormann konnten in den Genuss der Verjährung kommen, die in beiden Fällen mit der Ausstellung von Haftbefehlen unterbrochen worden war. Entsprechende gesetzliche Regelungen gehörten aber nicht zum Allgemeinwissen und so kam es, dass ihre Flucht nach Südamerika wiederholt als Argument gegen die Verjährung eingebracht wurde. Nach dem 8. Mai 1965, so die Sorge, könnten geflohene und untergetauchte NS-Verbrecher ihres Kalibers straffrei ausgehen. Selbst Bundeskanzler Erhard bediente sich dieses Arguments.<sup>48</sup> Wiesenthal kannte sich besser mit der Verjährungsproblematik aus. Nicht die Straffreiheit von Mengele und Bormann, sondern die Umstände, die ihnen die Flucht ermöglicht hatten, waren fester Bestandteil seiner Argumentation. Sie hätten davon profitiert, dass noch vor der Niederlage des „Dritten Reichs“ Gelder ins Ausland transferiert worden waren und dass die geheime SS-Organisation Odessa sich um ihre Flucht kümmerte. Diese Umstände hätten die Ermittlungen gegen NS-Verbrecher enorm erschwert und verzögert. Sie dürften deshalb nicht wie herkömmliche Mörder in den Genuss der Verjährung kommen.

Die Odessa war aber in den Augen Wiesenthals nicht nur für die Verzögerung der strafrechtlichen Verfolgung von NS-Verbrechen verantwortlich. Er war der festen Überzeugung, dass von ihr nach wie vor eine Bedrohung ausginge. In Zusammenarbeit mit Hubert Halin, dem Vorsitzenden der UIRD, organisierte er im Juni 1965 eine Konferenz im Straßburger Hotel Maison Rouge. Der Ort war symbolisch gewählt: Die Konferenz deutscher Industrieller von 1944, auf der angeblich die Verschiebung von Kapital ins neutrale Ausland beschlossen worden war, soll genau in diesem Hotel stattgefunden haben. Mit ihrer Veranstaltung verfolgte die UIRD die Absicht, „das Aufspüren der geheimen, sehr beträchtlichen Nazivermögen zu organisieren.“<sup>49</sup> In seinem eigenen Beitrag formulierte Wiesenthal eine Reihe von Fragen, die es dabei zu klären gelte. Neben Fragen nach der personellen Zusammensetzung der Odessa und ihrer Befehlsstruktur sowie nach der Herkunft der Mittel für die Anwaltskosten der NS-Verbrecher ging es auch um Rechtsradikalismus:

„Wer finanziert gewisse deutsche Verlage, die sich auf neonazistische Propagandaliteratur spezialisiert haben? [...] Wer finanziert die Treffen ehemaliger Nazis in ver-

---

<sup>48</sup> Marc von Miquel, *Ahnden oder amnestieren? Westdeutsche Justiz und Vergangenheitspolitik in den sechziger Jahren* (Göttingen 2004), S. 238 f.

<sup>49</sup> Simon Wiesenthal, *Doch die Mörder leben* (München/Zürich 1967), S. 115.

schiedenen Städten Europas? [...] Wer bezahlt die Untergrund-Tätigkeit der neonazistischen Gruppen in den verschiedenen Ländern?<sup>50</sup>

Wiesenthal glaubte, dass Bormann, den er in Südamerika vermutete, hinter alle dem stünde. Aus Südamerika stammten nach seiner Erkenntnis auch Gelder für neonationalsozialistische Propaganda.<sup>51</sup> Kurz nach der Konferenz verdichteten sich für Wiesenthal die Hinweise darauf, dass Bormann es sei, der über das NS-Vermögen verfüge. Jürges war auf Wiesenthal aufmerksam geworden. Er steckte wieder einmal in Problemen. Als bekannt geworden war, dass er Santander die Dokumente für das Buch „Technik eines Verrats“ zugespielt hatte, hatte das Auswärtige Amt 1957 eine Strafanzeige gegen ihn erstattet. Die Ermittlungen waren immer noch nicht zu einem Ende gekommen und Jürges wählte sich als Opfer einer braunen Verschwörung ehemaliger Ribbentrop-Diplomaten,<sup>52</sup> auf die er nun mit Wiesenthals Hilfe aufmerksam machen wollte. Er hatte einen Fernsehauftritt Wiesenthals gesehen, bei dem es auch um die Verschiebung von NS-Kapital ins Ausland gegangen war. Diese Thematik war Jürges ureigenes Metier. In zwei Briefen an Wiesenthal schilderte er seine Version des Vermögenstransfers nach Südamerika und brachte ihn mit Bormanns Flucht in Verbindung. An diese Informationen knüpfte er den Hinweis, Bormann unterhalte auch weiterhin Kontakte zu Mitarbeitern des Bonner Auswärtigen Amtes.<sup>53</sup> Wiesenthal war bereit, diesen Darstellungen Glauben zu schenken. Schließlich konnte sich Jürges auf seine Beziehungen zu jüdischen Organisationen in der Bundesrepublik und Argentinien berufen. Außerdem fügten sich die Informationen nahtlos in seine Vorstellungen von der NS-Flucht ein.<sup>54</sup> Das erstaunt kaum, wenn man bedenkt, dass Wiesenthals und Jürges Versionen der Flucht und des Kapitaltransfers zum Teil auf denselben Quellen fußten, nämlich auf den Safehaven-Untersuchungen.

Etwa zur gleichen Zeit erhielt Wiesenthal eine weitere Nachricht, die ihn hellhörig werden ließ und die er sofort mit Martin Bormann in

---

<sup>50</sup> Idem, Sitzungsprotokoll des Experten-Komitees zur Bekämpfung des Neonazismus in Strassburg am 25.6.65: SWA, Akt Straßburg/Hotel Maison Rouge.

<sup>51</sup> Wiesenthal, *Recht, nicht Rache* (Anm. 40), S. 116.

<sup>52</sup> Vorgänge in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (im Folgenden PAAA), B 83, 812; und HStA Düsseldorf, Gerichte Rep. 409, Bd. 179–191.

<sup>53</sup> Jürges an Wiesenthal, 04.07.1965 und 31.07.1965: SWA, Akt Bormann 1.

<sup>54</sup> Wiesenthal an Jürges, 07.07.1965: *ibidem*.

Verbindung brachte. Der ehemalige Ghettokommandant Eduard Roschmann hätte nach seiner Ankunft in Argentinien 50.000 Dollar erhalten. In einem Brief an seinen Freund und Kontaktmann in Argentinien, Hardy Swarsensky, dem Herausgeber der in Argentinien erscheinenden Jüdischen Wochenzeitung, bat er, der Information nachzugehen. Es handle sich um den ersten Hinweis auf den „Bormann-Fond“.<sup>55</sup> Wiesenthal dürfte die Information entweder von deutschen oder österreichischen Ermittlungsbehörden erhalten haben, die im Rahmen ihrer Nachforschungen erfahren hatten, dass der ehemalige SS-Mann Hans Caspar Krüger Roschmann ein Darlehen für eine Schreiner-Werkstatt gegeben hatte. Tatsächlich stammte das Geld aus Krügers gut laufendem Reisebüro und vermutlich handelte es sich nicht um 50.000 Dollar, sondern um argentinische Pesos.<sup>56</sup>

Nachdem die Verjährung von NS-Verbrechen auf 1969 verschoben worden war, wappnete sich Wiesenthal für die zweite zu erwartende Verjährungsdebatte. Rechtzeitig um die Diskussion beeinflussen zu können, brachte er 1967 sein Buch *Doch die Mörder leben* auf den Markt. Dort schilderte er nochmals seine Vorstellung von der Odessa, machte sie nochmals verantwortlich für Verzögerungen bei der Verfolgung von NS-Verbrechen und stellte die Gefahr dar, die von ihr ausgehe.<sup>57</sup> Auf einer Pressekonferenz anlässlich des Erscheinens der englischsprachigen Ausgabe des Buchs stellte er den Fall Bormann in den Mittelpunkt. Bormann reise frei durch Südamerika und verfüge über eine starke Organisation, die es den NS-Verbrechern ermögliche, der Justiz zu entkommen.<sup>58</sup>

Es war nicht nur der feste Glaube an die Existenz der Odessa, die Wiesenthal dazu veranlasste, immer wieder über sie zu sprechen. Die Odessa-Theorie erwies sich als außerordentlich zweckmäßig im bundesdeutschen Vergangenheitsdiskurs. Mit der Beschwörung der rechtsextremen Gefahr, die von ihr ausgehe, knüpfte Wiesenthal an den vergangenheitspolitischen Konsens an, der sich im Verlauf der Fünfzigerjahre herausgebildet hatte: die normative Abgrenzung von

---

<sup>55</sup> Wiesenthal an Swarsensky: SWA, Akt Roschmann.

<sup>56</sup> Heinz Schnepfen, *Ghettokommandant in Riga. Eduard Roschmann – Fakten und Fiktion* (Berlin 2009), S. 255 f.; sowie Vorgänge in Barch, B 162, 3086.

<sup>57</sup> Wiesenthal, *Doch die Mörder leben* (Anm. 49), besonders: S. 101–123.

<sup>58</sup> *New York Times*, 28.03.1967.

der nationalsozialistischen Ideologie.<sup>59</sup> Indem die Odessa-Theorie behauptete, dass von den organisierten NS-Verbrechern die Gefahr einer nationalsozialistischen Unterwanderung ausgehe, konnte dieser Konsens für die Strafverfolgung und somit für die umstrittene Verjährung nutzbar gemacht werden.

Außerdem bot sie eine Erklärung dafür, warum es zu den Verzögerungen bei der Strafverfolgung von NS-Verbrechen gekommen war. Der Hinweis auf die Verzögerung war ein wichtiges Argument, um die Notwendigkeit einer Aufhebung der Verjährung für NS-Verbrechen zu belegen. Gleichzeitig war es für Wiesenthal wichtig, die bundesdeutsche Justiz nicht zum alleinigen Sündenbock zu machen. Er war zwar weit davon entfernt, den bundesdeutschen Behörden nach dem Mund zu reden, aber er war auch auf ihre Kooperation angewiesen und ein zu konfrontativer Kurs hätte seinen Interessen geschadet. Mithilfe der Odessa-Theorie, die einen Teil der Verantwortung für die Verzögerung der Strafverfolgung den Tätern selbst in die Schuhe schob, konnte Wiesenthal dieses Dilemma lösen.

Darüber hinaus verfügte sie über Unterhaltungswert, den er bei seiner Suche nach NS-Tätern zu schätzen lernte. Es war der Verdienst des Schriftstellers Frederick Forsyth, ihn auf diesen Unterhaltungswert und seinen Nutzen aufmerksam gemacht zu haben. 1971 wandte er sich an Wiesenthal und bat ihn um Hilfe bei einem Roman, den er über die Odessa schreiben wollte. Wiesenthal willigte unter der Bedingung ein, dass der nach wie vor flüchtige Eduard Roschmann die Hauptfigur sein solle. So hoffte er, die Öffentlichkeit auf einen Fall aufmerksam zu machen, der ihn bereits seit Jahren beschäftigte.<sup>60</sup> Das Buch, das eine von Argentinien aus operierende Odessa schilderte, die an der Wiedererrichtung des Nationalsozialismus und der Vernichtung Israels arbeitete, wurde ein riesiger Erfolg.<sup>61</sup> Nach seinem Erscheinen, und in verstärktem Maße nach seiner Verfilmung, avancierte Roschmann zum prominenten Vertreter der NS-Elite, und Wiesenthal erhielt zahllose Hinweise. Kein Hinweis jedoch führte ihn zu Roschmann,

---

<sup>59</sup> Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit* (München 1996), S. 307 ff.

<sup>60</sup> Wiesenthal, *Recht, nicht Rache* (Anm. 40), S. 132 ff.; Ruckerl, Zentrale Stelle Ludwigsburg, an Götz, Bundesministerium der Justiz, 21.02.1973, in: Barch, B 141, Bd. 34817.

<sup>61</sup> Frederick Forsyth, *The Odessa File* (New York 1972).

der 1977 an einem Herzinfarkt in Paraguay starb.<sup>62</sup> Hatte der Roman auch nicht die Entdeckung Roschmanns zur Folge, so trug er doch erheblich zur Popularisierung der Odessa-Theorie bei.

Wiesenthal blieb nicht der Einzige, der sich die Vorstellung einer SS-Organisation zunutze machte. Dass Forsyths Roman so erfolgreich wurde und sich monatelang auf der Bestsellerliste der *New York Times* halten konnte, lag sicherlich auch an der Aktualität, die der Stoff im Zuge der Berichterstattung über die Entdeckung Klaus Barbies erhielt. Im Januar 1972 hatte Beate Klarsfeld für Schlagzeilen gesorgt, indem sie darauf aufmerksam machte, dass sich der ehemalige Chef der Gestapo von Lyon in Peru aufhalte. Bereits seit Ende der Sechzigerjahre engagierte sie sich für eine Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Nun forderte sie, die französische Regierung solle Barbies Auslieferung beantragen.

Während ihrer Kampagne wurde sie von Herbert John unterstützt, der bereits seit 1959 als Journalist in Peru lebte. Nach seiner Ankunft in Peru hatte er eng mit Friedrich Schwend zusammengearbeitet, der während des Zweiten Weltkriegs an geheimdienstlichen Falschgeld-Aktionen der Deutschen beteiligt gewesen war. Schwend hatte John mit vermeintlichen Insider-Informationen aus dem südamerikanischen NS-Exil und mit Kontakten versorgt. Neben den Honoraren, die er sich für diese Dienste hatte bezahlen lassen, war es ihm darum gegangen, über John seine Prozessgegner, die in Europa zahlreich vorhanden waren, in der Presse zu diskreditieren.<sup>63</sup> Unter anderem hatte er John von einer Konferenz der Odessa erzählt, die in Spanien stattgefunden habe. John, der sich über den Unterhaltungswert des Themas im Klaren war und der sich von seinen Recherchen über den Aufenthaltsort Bormanns und Mengeles den großen Durchbruch als Journalist erhoffte, biss an und bat um das Protokoll.<sup>64</sup>

Kurze Zeit später kam es jedoch zum Bruch zwischen beiden. Abgeschnitten von den „Informationen“ Schwends, war John bei seiner Suche nach Nazis in Südamerika auf sich allein gestellt. Er begann, einem Verdacht nachzugehen, den er bereits seit einiger Zeit

---

<sup>62</sup> Wiesenthal, *Recht, nicht Rache* (Anm. 40), S. 132ff.

<sup>63</sup> Schwend an Gräfin Kaunitz, 22.06.1959: Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung (im Folgenden AHIS), Bestand Friedrich Schwend, Lose Mappe 2, Teil 1.

<sup>64</sup> John an Schwend, o.D.: *ibidem*, Ordner 38/27; Protokoll der Odessa-Konferenz: Ordner 18/95.

hatte. Schwend hatte in Bolivien einen Geschäftspartner namens Altmann, der offenbar unter falschem Namen lebte. Mit einem Fernsehteam des Saarländischen Rundfunks begab sich John nach Südamerika, um Altmanns wahrer Identität auf die Schliche zu kommen. Zurück in der Bundesrepublik, gab er seinen Verdacht, dass Altmann während des Zweiten Weltkrieges an Verbrechen im besetzten Frankreich beteiligt gewesen sei und nun einem Netzwerk ehemaliger Nazis angehöre, an die ermittelnde Staatsanwaltschaft weiter.<sup>65</sup> Nach einem Abgleich der Aussage mit bereits vorhandenen Daten kamen die Staatsanwälte in Ludwigsburg zu dem Schluss, dass Altmann identisch mit Klaus Barbie sei.<sup>66</sup>

Diese Information mitsamt der Anschrift Johns wurde vom zuständigen Münchner Staatsanwalt an Beate Klarsfeld weitergegeben, als sie 1971 den Fall Barbie in die Medien brachte. Von dem Kontakt machte sie während ihrer Reise nach Südamerika Anfang 1972 Gebrauch, die dazu diente, vor Ort ihre Forderung nach Auslieferung Barbies zu unterstreichen.<sup>67</sup> Bei dieser Gelegenheit gab John ihr ein Memorandum, in dem er seine Theorie über das Nazi-Netzwerk, dem Barbie und Schwend angeblich angehörten, ausbreitete. Das Netzwerk fungiere unter dem Deckmantel der Firma „La Estrella“, die überall in Südamerika Niederlassungen habe und unter der Leitung Martin Bormanns stünde.<sup>68</sup>

Sein Anteil an der Entdeckung Barbies verlieh John die notwendige Glaubwürdigkeit, um nun mit weiteren Details seiner Vermutungen an die Öffentlichkeit zu gehen. Luis Banchemo, der Besitzer der peruanischen Zeitung, für die John arbeitete, war im Januar umgebracht worden. Es gelang ihm nun, den zuständigen Richter davon zu überzeugen, dass das Nazi-Netzwerk hinter dem Mord stünde. Daraufhin kam es zu einer Hausdurchsuchung bei Schwend. Das zutage geförderte Material zeigte, dass Schwend über Adressen mehrerer NS-Täter und einiger NS-Propagandisten verfügte, unter anderem die von Hans-Ulrich Rudel und Otto Skorzeny.<sup>69</sup>

<sup>65</sup> Protokoll der Aussage Herbert Johns vor dem Oberstaatsanwalt Kepper von der Zentralstelle Köln am 11.09.1969: Barch, B 162, 3397.

<sup>66</sup> Rückertl, Zentrale Stelle Ludwigsburg, an Justizministerium Baden-Württemberg: *ibidem*.

<sup>67</sup> Beate Klarsfeld, *Wherever They May Be* (New York 1975), S. 239–245.

<sup>68</sup> Beate Klarsfeld, *La caza de Barbie-Altman* (Buenos Aires 1972), S. 139–143.

<sup>69</sup> Magnus Linklater/Isabel Hilton/Neal Ascherson, *The Fourth Reich. Klaus Barbie and the Neo-Fascist Connection* (London/Sydney/Auckland/Toronto 1984), S. 252 ff.

Währenddessen kämpfte Klarsfeld in Frankreich gegen das abflauende Interesse am Fall Barbie. Die aus Peru kommenden Meldungen schienen die Aussagen von Johns Memorandum über ein südamerika-weit arbeitendes Nazi-Netzwerk zu bestätigen und boten eine willkommene Gelegenheit, erneut für Schlagzeilen zu sorgen. Ende Mai trat sie an die französische Presse und gab den Inhalt des Memorandums wieder. Dabei berief sie sich auf John, der ihr kurz darauf mit einer eigenen Meldung folgte. Bei den nun einsetzenden Recherchen und Veröffentlichungen über die NS-Täter in Südamerika wurde er zu einer wichtigen Referenzperson. Der auf Geheimdienste spezialisierte Publizist Ladislav Farago wandte sich an ihn und wurde reichlich mit Vermutungen und Kontakten versorgt. Ende 1972 erschien daraufhin eine sechsteilige Serie im *Daily Express*, in der die von Wiesenthal verbreiteten Annahmen über eine SS-Nachfolgeorganisation und den Vermögenstransfer der Nationalsozialisten nach Südamerika mit den von John vermittelten Informationen vermischt wurden. Die Serie sorgte für erhebliche Aufregung, aber die Angaben erwiesen sich als wenig stichhaltig. Farago gestand kurz darauf ein, den Artikel nicht ausreichend recherchiert zu haben.<sup>70</sup> Trotzdem ließ er nicht von der Bormann-Story ab und veröffentlichte drei Jahre später sein Buch *Aftermath: Martin Bormann and the Fourth Reich*, das recht erfolgreich war.

Zu diesem Zeitpunkt hatten die bundesdeutschen Behörden den Medienrummel um Bormann längst zum Anlass genommen, den Hinweisen eines Zeugen über seinen Tod 1945 erneut nachzugehen. Bei Ausgrabungen 1973 in Berlin stieß man auf ein Skelett, das als die Überreste Bormanns identifiziert werden konnte.<sup>71</sup> Wiesenthal ließ sich überzeugen und erklärte die Akte Bormann für geschlossen. Die SS-Nachfolgeorganisation war somit führungslos geworden. Es war nicht die erste Annahme, die er revidieren musste. Spätestens seit 1970 ging er davon aus, dass die Odessa als solche nicht mehr existiere und vom sogenannten Kameradenwerk abgelöst worden sei.<sup>72</sup> Nichtsdestotrotz stellte die Odessa-Theorie auch weiterhin ein in Wiesenthals Augen probates Instrument im Kampf gegen die Verjährung dar und kam auch in der letzten großen Verjährungsdebatte 1978/1979 zum Zuge.<sup>73</sup>

---

<sup>70</sup> *Der Spiegel* 52/1972.

<sup>71</sup> *Die Zeit* 13/1973.

<sup>72</sup> Wiesenthal an David Lundstrom: SWA, Akt Odessa.

<sup>73</sup> Siehe Sammlung der Artikel und Pressemitteilungen in SWA, Akt Verjährung 9–14.

## ARGENTINIEN UND DIE RAUBGOLD-DEBATTE

Man hätte meinen können, mit der Aufhebung der Verjährung von Mord in der Bundesrepublik im Jahr 1979 würde der Mythos einer mächtigen Fluchhilfeorganisation der SS und der von ihr nach Südamerika transferierten Kapitalien jegliche politische Relevanz verlieren. Doch die Peronisten blieben in Argentinien eine wichtige politische Macht, und mit ihnen hielten sich die Gerüchte über Peróns Verbindungen zu den Nationalsozialisten. Schon die Meldungen über Bormanns Anwesenheit in Südamerika, die im Zuge der Barbie-Entdeckung kursierten, waren bei den argentinischen Medien auf Interesse gestoßen. Schließlich fielen sie mit dem Wahlkampf zusammen, an dem zum ersten Mal nach vielen Jahren auch die Peronisten teilnehmen durften. Auch als diese Partei nach dem Ende der Militärdiktatur 1983 wieder eine Rolle in der argentinischen Politik spielte, versäumte die traditionell antiperonistische Presse es nicht, immer wieder auf die dunkle Vergangenheit des Partido Justicialista hinzuweisen.

Guido di Tella, ein bedeutender Repräsentant dieser Partei, der die Zeit der Diktatur als Universitätsdozent in Oxford verbracht hatte, war sich darüber im Klaren, welches Imageproblem den Peronisten aus der Vergangenheit erwuchs. Das wird an seinem Beitrag auf einer 1986 in Oxford abgehaltenen Konferenz deutlich. Dort argumentierte er, es gehöre in Argentinien zum Allgemeinwissen, dass zum Ende des Zweiten Weltkrieges Justizflüchtige und Gelder aus dem Dritten Reich ins Land gelangt seien, wo mit Perón ein Faschist die Macht innegehabt habe. Aus dieser Sicht, die auch in den Vereinigten Staaten verbreitet sei, werde Argentinien in eine Reihe mit den Ländern gestellt, die sich einer selbstkritischen Aufarbeitung der eigenen Verflechtungen mit dem Nationalsozialismus widersetzen.

Dieser Interpretation der Geschichte Argentinien und der peronistische Partei wollte di Tella entgegenzutreten. Nach seiner Ernennung zum Außenminister durch Carlos Menem im Jahr 1991 erhielt sein Ansinnen zusätzliche Bedeutung. Der 1989 an die Macht gekommene Präsident suchte die Annäherung an die Vereinigten Staaten. In den Augen di Tellas war es vor allem die Öffentlichkeit dieses Landes, die ein Negativbild der Peronisten pflegte. Um die argentinische Annäherung gegen Störmanöver der amerikanischen Medien zu schützen, war es für Menems Außenpolitik wichtig, das Image einer im Faschismus verwurzelten Partei loszuwerden und als demokratische Kraft aner-

kannt zu werden. Als im Zuge des Schwammberger-Prozesses 1991 die Forderung nach Öffnung der Archive in den Vereinigten Staaten laut wurde, bot sich dazu eine Gelegenheit. Dass unter Perón NS-Verbrecher nach Argentinien gekommen waren, ließ sich nicht widerlegen, aber die Regierung konnte beweisen, dass sie nicht zu jenen gehörte, die sich einer selbstkritischen Aufarbeitung widersetzen. Also wurde die Freigabe des Archivmaterials über die geflohenen NS-Täter angeordnet.

Doch damit war das Imageproblem der Peronisten noch lange nicht gelöst. Als die international geführte Debatte über das Vermögen, das die Nationalsozialisten den Juden geraubt hatten, in den Jahren 1995 und 1996 ihren Höhepunkt erreichte, kam es zu einem Ansturm auf das amerikanische Nationalarchiv, von dessen Beständen sich Journalisten und Abgeordnete Hinweise auf den Verbleib des jüdischen Vermögens erhofften.<sup>74</sup> Dabei stießen sie auf die umfangreichen Unterlagen aus den Vierzigerjahren, in denen Argentinien als wichtigstes Zielland für den nationalsozialistischen Vermögenstransfer auftauchte. Der New Yorker Senator D'Amato, der auf Intervention des World Jewish Congress die Frage nach dem Verbleib jüdischen Vermögens vor den Senat gebracht hatte und dessen Team früh mit den Recherchen im Nationalarchiv angefangen hatte, gehörte zu den ersten, die medienwirksam die argentinische Kooperation mit den Nationalsozialisten anprangerten.<sup>75</sup> Das Simon Wiesenthal Center brachte diese Funde sofort mit den Thesen ihres Namensgebers in Verbindung, der davon ausgegangen war, dass im Zuge des nationalsozialistischen Kapitaltransfers auch Vermögen, das das NS-Regime den Juden geraubt hatte, nach Argentinien gelangt sei. Das Wiesenthal Center wandte sich deshalb an die argentinische Regierung und forderte sie auf, die Archive der argentinischen Zentralbanken zugänglich zu machen.<sup>76</sup> Um seine Forderung zu untermauern, legte es Dokumente aus den amerikanischen Archiven vor, darunter auch das Memorandum von Jürges und berief sich auf Santanders „Technik eines Verrats“.<sup>77</sup>

---

<sup>74</sup> Stuart E. Eizenstat, *Unvollkommene Gerechtigkeit. Der Streit um die Entschädigung der Opfer von Zwangsarbeit und Enteignung* (München 2003), S. 69–101.

<sup>75</sup> Victoria Allison, „White Evil: Peronist Argentina in the US Popular Imagination since 1955“: *American Studies International* 42 (Washington, DC 2004), S. 36 f.

<sup>76</sup> *La Nación*, 27.11.1996.

<sup>77</sup> *La Nación*, 01.12.1996.

Die aus den amerikanischen Archiven zu Tage geförderten Dokumente schienen einen Verdacht zu bestätigen, der seit Menems Ankündigung, die Akten über NS-Verbrecher zugänglich zu machen, immer wieder geäußert worden war, nämlich dass nach wie vor nicht die ganze Wahrheit ans Licht gebracht worden sei. Für die argentinische Presse boten die aus dem Ausland kommenden Nachrichten deshalb einen willkommenen Anlass, sowohl den Gründer und Namensgeber der Regierungspartei als Verbündeten der Nazis darzustellen als auch das aktuelle Regierungshandeln der Peronisten als unzureichend zu enttarnen.<sup>78</sup>

Ende 1996 machte sich auch die amerikanische Regierung daran, die Gerüchte über Argentiniers Beziehungen in einem offiziellen Dokument festzuschreiben. Vor dem Hintergrund der Debatte über das geraubte jüdische Vermögen erschien das Safehaven-Programm in einem durchaus positiven Licht. Es wurde vor allem im Zusammenhang mit dem Versuch gesehen, den Opfern des Nationalsozialismus das ihnen geraubte Vermögen zurückzuerstatten. Es überrascht deshalb nicht, dass die Clinton-Regierung, die ebenfalls Nachforschungen über den Verbleib des jüdischen Vermögens angestellt hatte, sich sehr schnell dazu durchringen konnte, die eigenen Rechercheergebnisse zu veröffentlichen. Schließlich schien die Rolle, die die demokratische Regierung der Kriegsjahre in diesem Zusammenhang gespielt hatte, durchaus Vorzeigecharakter zu besitzen. Im Mai 1997 veröffentlichte das State Department einen vorläufigen Bericht, in dem völlig unkritisch die Berichte des amerikanischen Geheimdienstes über den nationalsozialistischen Vermögenstransfer nach Argentinien wiedergegeben wurden.<sup>79</sup>

#### DER POLITISCHE NUTZEN DER MYTHEN

Als Reaktion auf die Kritik berief die argentinische Regierung Mitte 1997 die international besetzte Comisión para el Esclarecimiento de Actividades del Nazismo en Argentina (CEANA) ein. Infolgedessen erhielt das Thema der NS-Flucht nach Argentinien, zu dem bereits einige Untersuchungen vorlagen, einen enormen Historisierungs-

<sup>78</sup> *La Nación*, 20.01.1997 und 31.01.1997

<sup>79</sup> Eizenstat/Slany, *US and Allied Efforts* (Anm. 13).

schub. Historiker aus verschiedenen Ländern beleuchteten unterschiedliche Facetten der Thematik, wobei die Fragen nach der Höhe des transferierten NS-Kapitals und nach der Anzahl der strafrechtlich gesuchten NS-Täter und Kollaborateure im Vordergrund standen.<sup>80</sup>

Die Debatte über die NS-Flucht und den Kapitaltransfer hingegen ist bisher nur am Rande und äußerst selektiv von der Forschung in den Blick genommen worden. Dabei macht gerade die Analyse der Interessen, die als Motor bei der Bildung und Verbreitung der Mythen fungierten, deutlich, warum diese Mythen so wirkungsmächtig waren und warum sie trotz fehlender Beweise auf so große Akzeptanz stießen. Beide Themen erlangten transnationale Bedeutung und konnten über ein halbes Jahrhundert hinweg politisch instrumentalisiert werden, da Flucht und Kapitaltransfer nicht nur das Potential hatten, in Ländern zum Politikum zu werden, deren Behörden für ihre Unterbindung bzw. Rückgängigmachung zuständig waren, sondern auch in denjenigen, in denen die Täter untergetaucht waren. Dabei griffen die Akteure, die an einer Politisierung interessiert waren, auf Informationen zurück, die in vorangegangenen Debatten generiert worden waren und auf die sie durch Archivierung, persönliche Kontakte oder Veröffentlichungen Zugriff hatten. Einmal gewonnene Deutungsmuster mit den dazugehörigen Fakten und Fiktionen wurden rezipiert und erhielten vor dem Hintergrund unterschiedlicher Interessenlagen und nationaler Kontexte immer neue Bedeutungen und Erweiterungen.

Aufgrund der sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen der USA sowie der machtpolitischen Interessen der UCR im Kampf gegen den Peronismus standen während der Vierziger- und Fünfzigerjahre Meldungen über den Kapitaltransfer aus dem „Dritten Reich“ nach Argentinien und über geflohene NS-Funktionäre im Mittelpunkt. Sie galten als Beweis für den faschistischen Charakter des Peronismus. Die vergangenheitspolitischen Interessen Wiesenthals verliehen diesen Erzählungen neue Bedeutung, da er sie als Beleg für die Existenz einer Organisation von NS-Verbrechern ansah. Die Existenz der „Odessa“ war für ihn ein wichtiges Argument gegen die Verjährung und zugleich ein Instrument zur Erzeugung öffentlichen Interesses. Das erkannte auch Beate Klarsfeld, die die ihr zugespielten Meldungen über eine SS-Nachfolgeorganisation einsetzte, um ihren Anliegen Aufmerksamkeit zu verschaffen. Stand bei Wiesenthal und Klarsfeld die Strafverfolgung

---

<sup>80</sup> CEANA, *Informe Final* (Anm. 1).

im Vordergrund, so konzentrierten die vergangenheitspolitischen Interessen, die das Wiesenthal Center Mitte der Neunzigerjahre mit seinem Einsatz für Entschädigung verfolgte, die Debatte wieder auf das NS-Kapital. Zeitgleich hoben die antiperonistischen Medien Argentiniens im Rückgriff auf Santander die Rolle Peróns bei der NS-Flucht hervor und nutzten die Thematik der NS-Flucht für eine Auseinandersetzung mit der peronistischen Regierungspartei. Bei der Verfolgung ihrer Interessen waren die verschiedenen Akteure schnell dazu bereit, Informationen, die ihre Argumente stützten, Glauben zu schenken. Das ermöglichte es Personen wie Jürges, John oder Schwend, Gehör für ihre phantastischen Geschichten zu finden, die der Durchsetzung von Privatinteressen dienten.